SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XIX/22 Bonn, den 17. November 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 – 2	CDU entdeckt die Bundeswehr	89
	Alarmruf: "Wir haben wertvolles politisches Terrain verloren"	
3 – 4	Ein Plädoyer für die Zukunft	87
	Lösung der Verkehrsprobleme – Gemeinschaftsaufgabe ersten Ranges	
5	Wenn ich Kanzler wäre ...	42
	Aufschlußreiche Bekenntnisse Adenauers	
6 – 7	John F. Kennedy	90
	Auszüge aus einem Buch von Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin	

÷ ÷ ÷

Vorankündigung

In der Ausgabe am Donnerstag veröffentlichen wir einen Artikel von Friedel Schirmer, Vorsitzender des Sportbeirats beim Parteivorstand und Trainer der deutschen Teilnehmer am Zehnkampf bei der Olympiade in Tokio, über die Vorschläge der SED zur Förderung der Leibeserziehung und des Sportes.

Die Redaktion

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach
Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890
Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

CDU entdeckt die Bundeswehr

Alarmruf: "Wir haben wertvolles politisches Terrain verloren"

Et. - Der CDU bleibt der Spott zwischen den Zähnen stecken. Während sie über das "völlig neue Verteidigungsgefühl" höhnt, das die SPD angeblich erst jetzt bei sich entdeckt habe, gesteht sie zugleich betroffen ein, daß sie dieser SPD gegenüber "wertvolles politisches Terrain eingebüßt" habe. Das will sagen, daß die CDU plötzlich folgenden Tatbestand klar erkannt hat: In der Zeit, in der sie sich immer noch auf den allmählich brüchig werdenden Lorbeeren ausruhte, "Schöpfer" der Bundeswehr zu sein, hat die SPD die Soldaten und die Streitkräfte schon längst in den Bereich ihrer nüchtern-tatkräftigen Fürsorge und Betreuung einbezogen und in ständigen Kontakten mit der Truppe auf allen Ebenen überall dort für die Abstellung von Mängeln gesorgt und geholfen, wo den Soldaten der Stiefel drückt.

Die Warnungen, die das CDU-geleitete Bundesverteidigungsministerium anhand der ihm laufend zugehenden Erfolgsberichte über die SPD-Bemühungen immer dringender und lauter der CDU-Führung zukommen ließ, haben die CDU-Organisatoren in Unruhe versetzt. "Es ist die Aufgabe der CDU, dem Staatsbürger in Uniform bei seinen vielen Schwierigkeiten zu helfen" lamentiert z.B. jetzt der Junge Union-Kreisvorsitzende von Bad Godesberg, Konrad A m m e r m ü l l e r , der als Oberleutnant der Reserve die Kontaktferne der CDU und CSU zur Truppe der Bundeswehr vermutlich in der Praxis eindringlich genug erfahren hat. Ammermüller gehört mit einem zweiten jungen Union-Reserveoffizier und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, Stabsfeldwebel S t a h l b e r g , zu einem neugebildeten Team des Landesvorstandes Rheinland der Jungen Union, das jetzt die Aufgabe erhalten hat, Maßnahmen vorzubereiten, die der Verbesserung der Beziehungen der CDU und insbesonders der Jungen Union zur Bundeswehr dienen soll. Wenngleich auch die CDU, wie Ammermüller höchst aufschlußreich berichtete, "seit kurzem"(!) durch die Arbeit ihrer Verteidigungspolitischen Ausschüsse in den einzelnen Landesverbänden dieser Kontaktfindungsaufgabe gerecht zu werden versucht, so setzt man doch mehr Hoffnung auf die Junge Union ("Jugend soll durch junge Menschen angesprochen werden."), wobei die Kontakt- und Betreuungsarbeit der Jungsozialisten nicht nur wegen deren jahrelangen Vorsprungs als beneidetes Vorbild gilt.

Was will die Junge Union also nun unternehmen, um das an die SPD verlorene Terrain wenigstens zu einem Teil noch aufholen zu können? Oberleutnant der Reserve Ammermüller hat nach eingehender Überprüfung der sozialdemokratischen Arbeit ein ganzes Vorschlagsbündel bereit:

1) Jeder Junge Union-Kreisverband soll ein sachkundiges Mitglied, aktiver Soldat oder Reservist, als ständigen Kontaktmann einsetzen, der Verbindung mit dem Jugendoffizier der jeweiligen Division, mit den Kommandeuren der im Kreisverbandsbereich stationierten Einheiten und mit dem Standortkommandanten aufzunehmen hat.

- 2 -

2) Diese Kontaktleute und alle Junge Union-Mitglieder in der Bundeswehr sollen von der Jungen Union bzw. der CDU laufend wehrpolitisch informiert werden.

3) Die Junge Union-Kreisverbände sollen die örtlichen Bundeswehr-Einheiten besuchen und Gegeneinladungen aussprechen, wobei an Weihnachtsfeiern, Tanzabende usw. aber auch an wehrpolitische Seminare gedacht wird.

4) Die Junge Union-Kreisverbände sollen darauf drängen, daß sich die CDU-Fraktionen der jeweiligen Gemeinden, der "kommunalen" Sorgen der Soldaten annehmen, z.B. in Wohnungsfragen, bei Schul- und Verkehrsproblemen sowie bei der Beschaffung verbilligter Karten für Theater und Schwimmbäder.

5) Die Junge Union soll sich dafür einsetzen, daß Soldaten als Kandidaten für Kommunal- oder Kreisvertretungen aufgestellt werden.

6) Die Junge Union soll erreichen, daß die jeweils zuständigen CDU- und CSU-MdBs und -MdLs die Kasernen besuchen und sich mit den Sorgen der Soldaten vertraut machen.

7) Die Junge Union soll sich auf Landestagungen mit den Lebensbedingungen der Soldaten befassen und z.B. die finanzielle Situation der Wehrpflichtigen und die soziale Stellung der Unteroffiziere untersuchen.

Dieser Sieben-Punkte-Vorschlag für ein Programm zur Kontaktaufnahme zwischen CDU bzw. Junger Union und Bundeswehr stammt, um es nicht zu vergessen, vom Oktober 1964. Er hängt, zeitlich und sachlich, eng zusammen mit den ersten (!!) größeren verteidigungspolitischen Kongressen der CDU und der CSU Anfang und Ende Oktober 1964. Diese Sachlage zeigt, deutlicher als es sonst möglich wäre, den tatsächlichen Stand und das wirkliche Ausmaß der Beziehungen zwischen der CDU bzw. CSU und der Bundeswehr, für die angesichts ihrer drückenden Alltagssorgen in jedweder Beziehung, die rasche und sinnvolle Soforthilfe verlangen, der "Sorgenbeer", den sich CDU und CSU immer noch umhängen wollen, keinen Schuß Pulver wert ist. Das ist der Jungen Union jetzt offenbar ruckartig klar geworden. Sie will die Probleme einer modernen Streitmacht "unbelastet, aufgeschlossen und kritisch" sehen, was - so Junge Union-Kreisvorsitzender Oblt.d.R. Ammermüller - "bei manchen unserer Verteidigungsfachleute nicht der Fall" sei, wie die Behandlung der Heye-Affäre beweise. Alles in allem schlägt Ammermüller Alarm: "Es gilt die Aufgabe zu sehen und zu handeln. Die Zeit drängt."

Man sieht: Die CDU entdeckt die Bundeswehr.

\+ + +

Ein Plädoyer für die Zukunft

Lösung der Verkehrsprobleme - Gemeinschaftsaufgabe ersten Ranges

A.K. - Die 59. Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages, die diesmal wieder in der deutschen Hauptstadt Berlin vom 12. bis 13. November 1964 im Ernst Reuter-Haus stattfand, zeichnete sich aus durch die Behandlung einer Fülle aktueller, auf den Nägeln brennender kommunaler Fragen. Der Hauptausschuß befaßte sich u.a. mit dem Verhältnis der Städte zu ihren Gastarbeitern und mit der Altenhilfe als einem zentralen Anliegen der Sozialpolitik.

Besonderes Aufsehen erregte ein Bericht des bekannten Städtebauers und Beigeordneten der Stadt Düsseldorf, Prof. Friedrich Tamms, über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden, ein wichtiges Teilproblem im Rahmen der Aufgabe, vom Verkehrswirrwarr zu einer vernünftigen Ordnung zu kommen, damit - wie Herbert Wehner auf dem SPD-Verkehrskongreß 196[illegible] in Stuttgart ausführte - "der Verkehr seiner Funktion in unserer Gesellschaft endlich gerecht werden kann und so geordnet und geregelt ist, daß er in moderner Weise den Menschen dient.

Prof. Tamms ging bei seinen Ausführungen von den beiden unabhängig voneinander erarbeiteten Gutachten über die Verkehrsprobleme in den Städten aus, dem "Buchanan-Report" (Prof. Colin Buchanan: "Traffic in Town", London, Dez. 1963) und dem Bericht, der von einer Sachverständigen-Kommission im August dieses Jahres erstattet wurde. Dieser Bericht betrachtet, wie Prof. Tamms ausführte, das Verkehrsproblem auf den Straßen als ein unteilbares Ganzes ohne Grenzen und Zuständigkeiten und gibt einen Überblick über die Gesamtkosten, die zur baulichen Lösung dieser Probleme im Bundesgebiet bis etwa zum Jahre 1975 bzw. bis zum Gesamtausbau im Jahre 1990 aufgewendet werden müssen. Das besondere Gewicht liegt auf den Forderungen:

nach Möglichkeiten einer Abstimmung aller Verkehrsplanungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden oder Gemeindeverbänden,

nach Überwindung der Zuständigkeitsgrenzen der einzelnen Träger von Baumaßnahmen und entsprechenden Finanzierungsmethoden,

nach Möglichkeiten und Grenzen des Individualverkehrs einschließlich der Schaffung von Stellplätzen,

nach Bewältigung des öffentlichen Massen-Nahverkehrs in den Gemeinden und in den Verkehrsregionen und

nach Erschließung weiterer Verkehrsebenen.

Professor Tamms stellte fest, daß es zwar auch früher Verkehrsprobleme gegeben habe, jedoch nicht in der Intensität, die heute unsere Städte zu sprengen droht und schloß die Frage an, ob eine Nation von Autobesitzern die Kraft finden werde, sich selbst Grenzen zu setzen. Sie wird es müssen, weil sonst Städte, Wirtschaft und persönliche Freiheit unersetzbaren Schaden erleiden werden. Wenn in Zukunft nicht das Willkürlich-Gewünschte, sondern das Notwendig-Mög-

- 4 -

liche Richtlinie sein soll, so heißt das, daß wirtschaftlich nicht notwendige Pkw-Fahrten in den Stadtkern vermieden werden müssen, daß stundenlanges Abstellen von Personenwagen im öffentlichen Verkehrsbereich unterbleiben muß und daß alle Maßnahmen zu ergreifen sind, um

1. den Verkehrsraum bis zu einem gewissen Maß zu vergrößern, andererseits aber die Geschoßflächennutzung in ein Verhältnis zur Strassenfläche zu setzen,

2. den Verkehr zu ordnen, zu regeln und streng zu überwachen,

3. den öffentlichen Verkehr vom Individualverkehr weitgehend zu trennen,

4. den Individualverkehr zu zwingen, auf eigene Kosten und außerhalb des öffentlichen Strassenraums Stellplätze zu schaffen,

5. den Verkehr durch Schaffung von niveaufreien Kreuzungen, Hochstrassen und Tunnelstrecken flüssig zu halten und

6. dies alles an Hand von Generalverkehrsplänen so zu durchforschen und aufeinander abzustimmen, daß die denkbar größte Harmonisierung und Leistungsfähigkeit aller Verkehrsarten gewährleistet ist.

Um die gesteckten Ziele zu erreichen, sollte aber auch eine Rangordnung festgelegt werden, die

a) vor allem dem öffentlichen Personen-Nahverkehr die gebührende Priorität sichert,

b) dem Ausbau der Verkehrswege und -einrichtungen dort den Vorrang verschafft, wo die größte Verkehrsdichte auftritt, d.h. also in den Ballungsräumen und den Verkehrsregionen der größeren Städte und die

c) gleichzeitig Anlagen für den ruhenden Verkehr schafft, damit der Strassenraum seiner eigentlichen Aufgabe zurückgewonnen bzw. erhalten werden kann.

Man wird der Schlußfolgerung Professor Tamms zustimmen, daß es sich angesichts der Höhe der für den Verkehrsausbau erforderlichen finanziellen Mittel um ein Politikum ersten Ranges handelt, das uns alle für die nächsten Jahrzehnte beschäftigen wird.

Wie aktuell sind die Worte, die der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Willy Brandt, zum Abschluß des SPD-Verkehrskongresses schon im Jahre 1961 in Stuttgart sagte:

"Als freies Volk werden wir uns zu entscheiden haben, was uns die großen Gemeinschaftsaufgaben wert sind und welchen Teil des Volkseinkommens wir für sie aufwenden wollen. Eine solche Auffassung mag nicht immer allen bequem sein, aber sie ist das, worauf es heute ankommt, und sie entspricht einem Plädoyer für die Zukunft."

\- 5 -

Wenn ich Kanzler wäre ...

ler - Die Hoffnung auf einen Burgfrieden innerhalb der CDU, ausgesprochen von Aussenminister Schröder, muß wohl endgültig begraben werden. Dr. Adenauer, einst Bundeskanzler und immer noch Vorsitzender der CDU, trägt einen tiefen Groll in seinem Herzen. Er kann es nicht verwinden, daß er vom Kanzlerstuhl verdrängt wurde und dies aus Gründen, über die sich die Kanzlerstürmer niemals selbst ganz im klaren waren. Adenauer blieb der letzten Fragestunde im Bundestag fern, so sichtbar demonstrierend, daß er nicht daran denkt, seine Feindschaft gegen Aussenminister Schröder und Bundeskanzler Erhard aufzugeben.

Was der verbitterte CDU-Vorsitzende in einem Interview mit dem Bonner Korrespondenten der israelischen Zeitung Ha'arek von sich gab, stellt alles bisher von ihm Gewohnte in den Schatten. Auf die Bemerkung des Korrespondenten, im Kampf um die Wiedervereinigung gelte es, die Grenzen von 1937 neu festzulegen, gab Adenauer zur Antwort:

* "Noch nie habe ich eine Erneuerung der Grenzen von 1937 ver-
* langt. Das habe ich niemals getan. Ich bin doch nicht ver-
* rückt. Wir werden zu Friedensverhandlungen kommen und werden
* dann sehen, welche Konzessionen die zweite Seite machen kann."

Diese Aussage eines Mannes, der immerhin 14 Jahre lang die deutsche Politik bestimmte, ihr als Bundeskanzler die Richtlinien gab, ist eine Preisgabe der deutschen Rechtsposition. Sie kommt einer Aufforderung an den Ostblock gleich, auf seinem im zweiten Weltkrieg gewonnenen Beutegut zu beharren. War sich der 89-jährige Herr aus Rhöndorf darüber klar, was er damit sagte? Die Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten werden ihm gewiß keinen Dank abzustatten vermögen ...

Adenauer sprach sich im gleichen Interview für die Entsendung eines deutschen Botschafters nach Israel aus und er fügte hinzu, wäre er Kanzler, würde es ihm schon gelungen sein, die deutschen mit dem Aufbau ägyptischer Raketen beschäftigten Wissenschaftler von dort wieder fortzubekommen. Diese wohlgezielte Bemerkung galt Bundeskanzler Erhard und seinem Aussenminister. Er macht sie nun persönlich für die Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel verantwortlich, und auch dafür, daß deutsche Wissenschaftler in Ägypten Raketen bauen. Diese Wissenschaftler sind ja nicht erst vor einem Jahr nach Ägypten gekommen, ihre Einreise und ihre den Frieden in diesem Teil der Erde bedrohende Tätigkeit erfolgte schon zu einer Zeit, als Adenauer noch Bundeskanzler war. Hat er als Bundeskanzler je ein Wort der Verurteilung gefunden? Man wird es vergeblich suchen. Die von Adenauer nun verlangte Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel lag während seiner Regierungstätigkeit nicht in seinem Programm; in dieser Richtung geäußerte Wünsche Israels ließ er unberücksichtigt. Für die Erbschaft, die Erhard übernahm, trägt er die volle Verantwortung, davon kann ihn niemand freisprechen.

Wenn der frühere Bundeskanzler meint, was er sagt, wer hindert ihn daran, seine Unterschrift unter das Begehren des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu setzen, den diplomatischen Kontakt mit Israel aufzunehmen? Das wäre eine Demonstration und ein Zeichen von Aufrichtigkeit, die nicht ohne Wirkung bleiben würden auf die von der Unionsparteien geführte Regierung.

\+ + +

- 6 -

John F. Kennedy

Auszüge aus einem Buch von Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin

* Am 22. November 1963 wurde John F. Kennedy in Dalles/ Texas ermordet. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands veranstaltet zum ersten Jahrestag dieses noch immer unfaßbaren Geschehens eine Gedenkfeier im Staatstheater zu Karlsruhe. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, Vorsitzender der SPD, wird die Gedenkrede halten. Im Kindler-Verlag, München, ist vor kurzem ein Buch von Willy Brandt mit dem Titel "Begegnungen mit Kennedy" erschienen. Wir veröffentlichen nachstehend Auszüge aus diesem Buch. *

Die Redaktion

* * *

"Ein Leben in Freiheit ist nicht leicht, und die Demokratie ist nicht vollkommen..."- Diese Worte fand Präsident Kennedy vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin. Sie drücken aus, was diesem großen Amerikaner immer bewußt war bei seiner Arbeit und seiner Verantwortung, - Sorgen, Hoffnungen, die Pflicht zum ganzen Engagement der eigenen Person.

Ich hatte ihn schon in seiner Eigenschaft als Senator kennengelernt. Es hieß damals, er sei kein Freund Deutschlands. So war es wohl auch, aber er war gewiß nicht "antideutsch", wie man es ihm später andichten wollte. Er war der Mann seiner Generation, seiner Herkunft, seines geistigen Milieus. Er verbarg es nicht, und das sprach für ihn. Er sah uns Deutsche gern in der westlichen Gemeinschaft, wußte um die große Bedeutung Berlins, war brennend interessiert am Denken und Empfinden unserer jungen Generation. Aber dabei blieb er ein Fragender: Wie hatte passieren können, was 1933 und danach geschah? Was waren Oberflächenerscheinungen im neuen Deutschland und was ging in die Tiefe? Die schrecklichen Vereinfacher unter uns Deutschen, zumal aus der älteren Generation, waren leicht bei der Hand, einen Mann, der solche Fragen stellte, abzustempeln.

Man muß wissen, daß John F. Kennedys Deutschland-Bild im wesentlichen nicht durch intellektuelle Diskussionen, sondern durch persönliche Eindrücke geformt wurden. Kurz vor Kriegsausbruch besuchte er die Hauptstädte unseres fiebernden Kontinents und hielt sich auch einige Tage in Deutschland auf. Davon sprach er mit wenigen Sätzen, als wir am Vormittag des 26. Juni 1963 auf der hölzernen Plattform vor dem Brandenburger Tor standen und nicht hinüberschauen konnten in den Ostsektor, weil die Kommunisten die Sicht mit roten Tüchern verhängt hatten.

Kennedy hat sein Amt in schwerer Zeit angetreten. Aber das spricht vielleicht am eindeutigsten für seine Größe, daß er unter der Bürde nicht strauchelte, daß er bereit war, je mehr das Amt von

ihm verlangte, auch um so mehr zu geben. Das zeigte sich besonders angesichts der Rückschläge, die auch ihm nicht erspart blieben, etwa der fatalen Niederlage der kubanischen Invasionsgruppen in der Schweinebucht, die den Beginn seiner Laufbahn überschattete, und des unleugbaren Prestigeverlustes der westlichen Alliierten in der Berlin-Krise vom August 1961. Der Mensch, der Präsident Kennedy profitierte von solchen Rückschlägen; er wuchs über sich hinaus. Unter der Verantwortung, die das amerikanische Volk ihm übertragen hatte, entfalteten sich Eigenschaften, die wohl stets in ihm geschlummert hatten.

Die schwerste Probe bestand John F. Kennedy in der Kuba-Krise. Wie sein Gegenspieler hatte er in den Abgrund geblickt, und er hatte nicht gezittert. Aber im Wissen um die Bedingungen des nuklearen Zeitalters hatte er auch den Bogen nicht überspannt. So wurde die tödliche Gefahr von den Vereinigten Staaten und von der ganzen Welt abgewendet. Er war ein Denker von nahezu lateinischer Selbstzucht und Folgerichtigkeit. William Manchester betont die geistige Verwandtschaft des Präsidenten mit Tacitus. Das Wort des römischen Geschichtsschreibers - anxius et itentus agere; stets handeln, doch nie impulsiv sein - ist in der Tat eine Devise, die das Wirken Kennedys entscheidend bestimmt hat.

Das trug ihm immer wieder den Vorwurf ein, er sei kalt, berechnend, ein ausschließlich zerebraler Typ. War er das wirklich? Er war kühl, distanziert, aber nicht gefühlsarm. Den Regungen des Herzens gab er zwar selten nach. Er zügelte sie bewußt durch die Disziplin seines Denkens. Wenn dieser Mann vom Ringen um mehr Freiheit sprach, wenn er sich dafür verbürgte, alles zu tun, um eine Selbstvernichtung der Menschheit zu verhindern, wenn er sich einsetzte für ein größeres Europa als Partner der atlantischen Gemeinschaft, für eine Welt ohne Hunger und Not, dann spürten die Menschen, daß sie nicht mit Phrasen abgespeist wurden. Sie erkannten, daß jeder einzelne der Sätze, die Kennedy sprach, genau durchdacht war, daß dieser sachliche, klardenkende Mann, der eher ein Wort zuwenig als ein Wort zuviel redete, ein ehrlicher Mann war.

Der tote Präsident hinterließ das Manuskript einer Rede, die er nicht mehr halten konnte. Es ist die Rede eines Optimisten und Demokraten, der den Gegner achtet und der seiner Sache sicher ist. Es ist die Rede eines Mannes, der mit seinem Leben für seine Ideale einstand. "In einer Welt vielschichtiger und anhaltender Probleme," so heißt es in diesem Manuskript, "in einer Welt voll Enttäuschungen und des Verdrusses muß sich Amerikas Führung vom Licht der Bildung und der Vernunft leiten lassen ... Der Erfolg unserer Führung hängt von dem Respekt ab, den man sowohl unserem Auftrag in aller Welt als auch unseren Raketen entgegenbringt, und von einer klaren Erkenntnis der Segnungen der Freiheit und des Fluchs der Tyrannei ..."

Die Fackel der Hoffnung, die John F. Kennedy vor einem Jahr entglitten ist, muß weitergetragen werden."

\+ + +